



genderplanning

Leitfaden für gendergerechte Planung
in der Gemeinde



EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT
Gefördert aus dem Europäischen
Fonds für Regionale Entwicklung

 **Interreg IIIA**
Alpenrhein·Bodensee·Hochrhein

Inhalt

Was ist Genderplanning?	4
Wie funktioniert Genderplanning in der Gemeinde?	5
Häufig gestellte Fragen	6
Das Interreg Projekt Genderplanning	7
Fünf praktische Beispiele	
Schulfreiräume in Alberschwende geschlechtergerecht gestalten	8
Nutzerinnen- und Nutzerfreundlichkeit am Busbahnhof Bregenz	10
Aufenthaltsqualitäten in der Ravensburger Altstadt	12
Tuttlinger Stadträume – Verbesserung des Stadtgartens	14
Bebauungsplan-Verfahren für ein neues Wohngebiet in Wangen – Neuravensburg	16
Service	
Methoden und Materialien	18
Links und Literatur	19

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger

Amt der Vorarlberger Landesregierung
Fraunenreferat
A 6901 Bregenz, Römerstraße 15
www.vorarlberg.at/frauen



Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg
Geschäftsstelle Gender Mainstreaming
D 70174 Stuttgart, Schellingstraße 15
www.sozialministerium.de



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Konzeption, Redaktion, Gestaltung

Dipl.-Ing. Daniela Grabher (Leitung und Konzeption)
Ulli Weber (Gestaltung)
Österreichisches Ökologie-Institut
A 6900 Bregenz, Kirchstraße 9
A 1070 Wien, Seidengasse 13
www.ecology.at



Dipl.-Ing. Rita Nassen (Konzeption)
Mod-u-S, Moderation und Stadtplanung
D 78462 Konstanz, Rosgartenstraße 4
www.mod-u-s.de



Dieter Reichl (Redaktion)

Druck und Herstellung

gugler crossmedia, A 3390 Melk/Donau



Gedruckt nach der Richtlinie „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens. gugler cross media, Melk; UWZ 609

Bregenz, Juli 2008

Kooperationspartner



Alberschwende



Liebe Leserin, lieber Leser!



Ich freue mich über das Vorliegen der Ergebnisse des Interreg IIIa Projektes „Genderplanning“. Drei Jahre haben sich Expertinnen und Experten aus Vorarlberg und aus Deutschland damit befasst, wie gendergerechtes Planen funktionieren könnte. Durch dieses Projekt können Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in der Regionalentwicklung bei der Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie unterstützt werden. Denn bei fast allen Planungsprojekten, die in Gemeinden entstehen, kann Gender Mainstreaming als Strategie angewandt werden, wenn wir z.B. an die Planung von Dorfzentren, Schulen, Jugendzentren, Verkehrs- oder Tourismuskonzepten denken. Die Beachtung der Genderaspekte in allen Bereichen der Regionalplanung trägt zu einer Qualitätssteigerung der Produkte bei und wird den überaus komplexen Anforderungen der Regionalplanung gerecht.

Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen auf Frauen und Männer werden auf allen Ebenen der Planung berücksichtigt und von dieser umfassenden gendergerechten Planung profitieren wir alle. Die Vielfalt der gelungenen Umsetzungsbeispiele, die in dieser Broschüre enthalten sind, bietet eine gute Orientierung für alle weiteren Projekte in der Regionalplanung.

Als Frauenreferentin der Vorarlberger Landesregierung ist es mir wichtig, dass das Konzept Gender Mainstreaming in den Planungsprozessen realisiert wird, um dem Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern rasch näher zu kommen.

Allen beteiligten Personen möchte ich für ihr Engagement und ihre Vorreiterrolle bei der Verankerung von Gender Mainstreaming in der Regionalplanung danken.

Dr. Greti Schmid
Landesrätin Vorarlberg



Gleiche Chancen für Frauen und Männer sind ein wichtiges Ziel der Landesregierung von Baden-Württemberg – ein Ziel, das über die Landesgrenzen hinweg verfolgt wird. Im Rahmen des Projekts

„Genderplanning – Geschlechtergerechte Planung im öffentlichen Raum“ haben die Bodenseeanrainer – namentlich die Kommunen Alberschwende und Bregenz in Österreich sowie Ravensburg, Tuttlingen und Wangen auf deutscher Seite – bewiesen, dass Grenzräume die heutigen Chancenzentren Europas sind. Sie haben das Experiment gewagt und gezeigt, wie geschlechtergerechte Planung in verschiedenen Rechtssystemen funktionieren kann. Damit sind sie Vorbild für andere Städte und Gemeinden.

Was sind die Vorteile einer geschlechtergerechten Planung? Was hat beispielsweise die Gestaltung eines Stadtparks mit Chancengleichheit zu tun? Viele Maßnahmen, die auf den ersten Blick „neutral“ wirken, können ganz unterschiedliche Auswirkungen auf beide Geschlechter haben. Den Blick auf die Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern in den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen zu lenken, bedeutet langfristig und zielgruppengenau geplant zu haben.

Insbesondere in meiner Funktion als Beauftragte der Landesregierung für Chancengleichheit von Frauen und Männern freue ich mich über den erfolgreichen Verlauf der in dieser Broschüre vorgestellten Maßnahmen. Sie sind ein wichtiger Schritt für mehr Chancengleichheit in unserer Gesellschaft und ein Baustein zur Erreichung unseres gemeinsamen Ziels. Ich wünsche mir deshalb, dass Ihnen dieser Leitfaden neue Ideen für anstehende Planungen gibt.

Dr. Monika Stolz MdL
Ministerin für Arbeit und Soziales des Landes
Baden-Württemberg

Was ist Genderplanning?

Der Begriff ist die Zusammenführung zweier englischer Worte, durch die kompakt betitelt wird, was sich im Deutschen nur ausführlich umschreiben lässt – zumindest was das Wort Gender anbelangt.

Gender ist der englische Begriff für das »soziale Geschlecht«. Über das biologische Geschlecht hinaus, das eine Person von Natur aus hat, basiert das soziale Geschlecht auf der kulturellen, der gesellschaftlichen, der soziologischen Erziehung, die ein Mensch erfährt.

Planning steht für Planung, also für einen zielorientierten Prozess, bei dem eine Vielzahl von Teilaspekten zu berücksichtigen sind, bevor ein konkretes Vorhaben realisiert werden kann.

Genderplanning soll als Ziel chancengleiche Lebensbedingungen der Menschen innerhalb verschiedenster Planungsvorhaben schaffen. Unterschiedliche Bedürfnisse an die Raumgestaltung und die -nutzung entstehen je nach Lebenslage – etwa durch Ansprüche an die Versorgung mit Infrastruktur (für Begegnung, Freizeit, Erholung, Bildung, Arbeit, Mobilität ...) oder an die Gestaltung der öffentlichen Orte (Straßen, Wege, Plätze, Möblierung ...).

Genderplanning steht also für die gleichberechtigte und frühzeitige Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen in verschiedenen Lebenssituationen und –abschnitten, unterschieden nach ihrem biologischen und sozialen Geschlecht. Im Planungsprozess werden neue Ansätze zur Ermittlung der Bedürfnisse durch Beteiligung der Betroffenen genutzt. Anschließend erfolgt die Gewichtung der Ergebnisse und ihre geschlechtergerechte Abwägung.

Höhere Planungsqualität durch Genderplanning

„Wer ist von der Planung betroffen?“ und „Welche Bedürfnisse haben die Nutzerinnen und Nutzer, unabhängig von Geschlecht, Alter und Tätigkeit?“. Diesen beiden Fragen muss bereits in der Planungsphase nachgegangen werden, damit für alle ein gleichberechtigter Zugang zum öffentlichen Raum geschaffen werden kann. Nur wenn im Prozess die praktischen Erfahrungen und Interessen der von der Planung betroffenen Menschen einfließen, können Projekte schon im Vorfeld optimiert werden.

➤ Genderplanning-Vorteile auf der Inhaltsebene

- Ganzheitliche und nachhaltige Planung durch eine umfassende – über klassische Rollenbilder hinausgehende – Sichtweise.
- Hohe Alltagstauglichkeit der Planung und hoher Gebrauchswert der Umsetzung.
- Sichtbarmachung konkreter Bedürfnisse, z.B. Sicherheit, Wohlfühlen, Belebung, Mobilität, Ruhe und Erholung, Aufenthalt, Spiel, Kommunikation.
- Höhere Akzeptanz der Planung, weniger Vandalismus, mehr Wohnzufriedenheit und eine Identifikation der Bevölkerung mit dem Realisierten.

➤ Genderplanning-Vorteile auf der Prozessebene

- Frühzeitige Korrekturen helfen, teure Um- oder Fehlplanungen zu vermeiden.
- Offene, kooperative und transparente Planungsprozesse führen zu deutlichen Qualitätsgewinnen.
- Angepasste, niederschwellige Formen der Beteiligung (z.B. Fragebogenaktionen, Interviews, Planungsworkshops, Zukunftswerkstätten) führen zu einem direkten Dialog zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Planenden sowie zu mehr Verständnis zwischen den Interessensgruppen.
- Nutzungskonflikte oder Ausgrenzungen von Gruppen können leichter erkannt und korrigiert und ergebnisorientierte Kooperationen gefördert werden.
- Gemeindepolitikerinnen und -politiker sowie Planerinnen und Planer erhalten aus dem Prozess umfassende Grundlagen für die nötige Interessensabwägung.

Fakten des Projektes

Projektdauer	2005 bis 2008
Kosten	120.000 Euro
Finanzierung	Land Vorarlberg, Land Baden-Württemberg, Bregenz, Alberschwende, Ravensburg, Tuttlingen, Wangen und Europäische Union

Genderplanning in der Gemeinde als transparenter Prozess

Die verschiedenen Gruppen von Nutzerinnen und Nutzern können frühzeitig und aktiv z.B. bei der Grundlagenerhebung und der Bedürfnisermittlung eingebunden werden. Die Bewertung und Abwägung der verschiedenen Interessen erfolgt öffentlich, nachvollziehbar und nicht ausschließlich durch Verwaltung, Planungsbüro und Politik, auch wenn diese schlussendlich die Entscheidungen zu treffen hat. Dieses Vorgehen ist für viele Gemeinden noch ungewohnt. Daher wird im Folgenden genauer auf die organisatorischen und inhaltlichen Rahmenbedingungen für das Gelingen von Genderplanning eingegangen.

➤ Genderplanning ist Cheffinnen- bzw. Chefsache

Projekte zur gendersensiblen Stadt- und Raumplanung brauchen mehr als nur die Zustimmung aus der Politik. Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister und die für Stadtplanung zuständigen Ämter müssen den Anspruch von Genderplanning verstehen und aktiv unterstützen. Sie spielen die entscheidende Rolle bei der Benennung der Eckpunkte innerhalb des Planungsprozesses. Schon im Vorfeld des Projekts müssen die Verantwortlichen den Gestaltungsspielraum der Beteiligten definieren und klar festlegen, wie mit den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger weiter umgegangen wird. So kann die Enttäuschung engagierter Projektgruppen oder ein Scheitern des offenen Planungsprozesses verhindert werden.

➤ Organisatorische Voraussetzungen für Genderplanning-Projekte

Die **Projektleitung** erfolgt durch eine für die Abwicklung inhaltlich und organisatorisch verantwortliche Person. Diese ist für die

- Leitung und Koordination der Projektbearbeitung,
- Zielformulierung und Aufgabenplanung,
- Einbindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,
- Vernetzung des Projekts innerhalb und außerhalb der Verwaltung zuständig und
- muss über die entsprechenden Entscheidungskompetenzen verfügen.

Die **Vernetzung** des Projekts mit anderen inhaltlich beteiligten Stellen innerhalb als auch mit Interessensgruppen außerhalb der Verwaltung muss sichergestellt werden. Dies kann zum Beispiel in Form

- eines Begleitausschusses oder
- einer Projektgruppe

geschehen.

Die **Kapazitäten** in Form der notwendigen Zeit- und Geldmittel müssen zur Verfügung gestellt werden. Die Projektleitung benötigt ein angemessenes Zeitbudget. Für verschiedene Projektaufgaben wie

- Organisation und Abwicklung von Veranstaltungen,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Zukauf von Leistungen, für die spezifische Kompetenzen erforderlich sind,
- Durchführung von Planungswerkstätten,
- Befragungen,
- genderfachliche Beratung

sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ausreichende Geldmittel zur Verfügung gestellt werden.

⇒ Erfolgskriterien auf der Inhalts- und der Prozessebene

Wahl des Projekts: Als Einstieg empfiehlt sich ein Planungsvorhaben, das

- aktuell und
- überschaubar ist und
- nicht „künstlich kreiert“ wurde.

Wichtig für den Erfolg ist eine zeitnahe Umsetzung der Planung.

Planungsprozess öffnen: Die Ermittlung der Planungsgrundlagen bzw. der Bedürfnisse soll durch einen Prozess zur Beteiligung der Nutzerinnen- und Nutzergruppen ergänzt werden. Dafür eignen sich verschiedene Methoden, wie etwa

- Befragungen (Interviews, Fragebögen),
- kooperative Beteiligungsverfahren (Planungswerkshops, Zukunftswerkstätten etc.).

Bei der Vorbereitung sollte darauf geachtet werden, dass schwer erreichbare Gruppen, wie etwa

- Personen mit Betreuungspflichten,
- Migrantinnen und Migranten,
- Jugendliche

mit eingebunden werden können.

Genderorientierte Datenerhebung: Die Erfassung von Informationen zur Raumnutzung muss so angelegt werden, dass eine nach Geschlechtern getrennte Auswertung möglich ist. Die Erhebungen – sowohl von Daten aus Statistiken als auch Informationen aus Beteiligungsverfahren oder Befragungen – müssen daher getrennt nach sozialen Gruppen und dem biologischen Geschlecht erfolgen.

Genderorientierte Abwägung: Bei der Gewichtung der erfassten Bedürfnisse und Nutzungsinteressen ist ein Ausgleich zwischen verschiedenen genderspezifischen Ansprüchen anzustreben und bestehenden Benachteiligungen entgegen zu wirken.

Fachliche Gender-Beratung: Bei der Vorbereitung und Umsetzung des Genderplanning-Projektes, also bei der

- Konzeption,
- Ermittlung von Planungsgrundlagen und Nutzungsansprüchen,
- Gender-Analyse,
- Bewertung und Abwägung

ist die Beratung durch eine Person mit entsprechenden fachlichen Kompetenzen sehr hilfreich. Bei der Auswahl der Person für die Gender-Beratung sollten deren Erfahrungen mit Projekten zum Thema Raumnutzung und Geschlechterverhältnis maßgeblich sein.



Häufig gestellte Fragen

➔ Gibt es Mehrkosten durch Genderplanning?

Durch Genderplanning entstehen bei der baulichen Realisierung keine Mehrkosten. Ein Mehraufwand entsteht durch

- den erweiterten Prozess zur Erstellung und Abwägung der Planungsgrundlagen,
- die genderbezogene Erhebung von Informationen über die Raumnutzung sowie
- die Gewichtung der Anforderungen an die räumliche Gestaltung aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer.

Damit verbunden sind Recherchen und Auswertungen von Statistiken und vor allem direkt auf das Planungsvorhaben bezogene Verfahren zur Ermittlung der Bedürfnisse der Bevölkerung, wie etwa Befragungen oder Planungswerkstätten.

➔ Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen gibt es?

Seit in Kraft treten des Vertrags von Amsterdam 1999 ist in der Europäischen Union die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern rechtlich verbindlich. Österreich und Deutschland haben diese Pflicht in ihr Verfassungsrecht übernommen. In Österreich ist die Bauleitplanung bzw. die Raumplanung Ländersache. Die Bundesländer selbst haben in ihre Raumplanungsgesetze bislang keine Bestimmungen zur Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse von Frauen und Männern an die räumliche Planung aufgenommen. Deutschland hat diesen Gleichstellungsgrundsatz in das Baugesetzbuch übernommen – dort heißt es: „Die unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer in der Bauleitplanung sind zu berücksichtigen.“ In Hessen und Rheinland-Pfalz ist das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit als Leitvorstellung in den Landesplanungsgesetzen verankert.

➔ Was hat Raumplanung mit Geschlecht zu tun?

Bei genauer Betrachtung einzelner Nutzerinnen- oder Nutzergruppen etwa nach Alter, Geschlecht, Kulturkreis oder Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen kommen sehr differenzierte Ansprüche an die Gestaltung öffentlicher Räume zu Tage. Weibliche Jugendliche etwa haben andere Nutzungsmuster von öffentlichen Grünräumen (z.B. als Treffpunkt oder zur Selbstdarstellung) als gleichaltrige Burschen, die bei der „In-Besitznahme“ der Flächen (z.B. durch raumgreifende Spiele oder sportliche Wettbewerbe) oft mehr Erfolg als Mädchen haben. Ebenso differenziert sind die Bedürfnisse nach Sicherheit, Beleuchtung und Wohlfühl. Auch die Anforderungen, die sich aus den gesellschaftlichen Rollen ergeben, sind zu berücksichtigen. So haben Menschen aufgrund ihrer Betreuungspflichten für Kinder oder Senioren oder Personen mit Versorgungsfunktionen in der Familie in ihrem Tagesablauf hinsichtlich Erholung, Begegnungsmöglichkeiten oder Übersichtlichkeit spezielle Ansprüche an die Gestaltung öffentlicher Grünräume.

Das Interreg Projekt Genderplanning

Im Rahmen des dreijährigen Interreg IIIa Projekts „Genderplanning – Geschlechtergerechte Planung im öffentlichen Raum“ nahmen 5 Kommunen aus Vorarlberg und Baden-Württemberg die Qualität von Plätzen, Straßen und anderen öffentlichen Orten unter die Lupe. Ziel des gemeinsamen Projekts war, auf der Praxisebene beispielhaft die Umsetzungsmöglichkeiten von Geschlechtergerechtigkeit anhand konkreter, aktueller Planungsvorhaben zu ermitteln, die entsprechenden Verfahren aufzuzeigen sowie die dabei gemachten Erfahrungen in Form eines Leitfadens für Genderplanning in der Gemeinde aufzubereiten.

Das Interreg Projekt wurde gemeinsam von Bregenz, Alberschwende, Ravensburg, Tuttlingen und Wangen, dem Frauenreferat des Landes Vorarlberg und der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming des Ministeriums für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg konzipiert und durchgeführt.

Das Österreichische Ökologie-Institut und das Konstanzer Planungsbüro Mod-u-S hatten das Projektmanagement und koordinierten die Erstellung des vorliegenden Leitfadens.

Schulfreiräume in Alberschwende geschlechtergerecht gestalten



Text
Katrin Löning

Im Gemeindezentrum von Alberschwende steht bis Ende 2010 die Renovierung des Kindergartens sowie der Volks- und Hauptschulgebäude an. Die Pausenhöfe befinden sich im räumlichen Zusammenhang zu Pfarrhaus und Kirche, zu Dorfplatz, Kindergarten, Bücherei und Sozialzentrum.

Im Rahmen eines Interreg Pilot-Projektes wurde für die Gemeinde bzw. den Planer ein Anforderungskatalog an diese Freiräume erstellt, mit dem den unterschiedlichen Ansprüchen von Mädchen und Buben entsprochen werden soll. Das Landschaftsplanungsbüro *tilia* und das Österreichische Ökologie-Institut begleiteten die Gemeinde in diesem Prozess.

➤ Vorgehensweise

- **Abklärung von Handlungsspielraum und Mehrfachnutzung.** Gemeindevertreterinnen und -vertreter, die VS-Direktorin, der HS-Direktor, der Schulwart, die Planer und eine Expertin für gendergerechte Planung formulierten gemeinsam Vorstellungen und Ziele für das Projekt. Der Handlungsspielraum (insbesondere

für die Schülerinnen und Schüler) sowie die Mehrfachnutzungen wurden klar definiert.

- **Seminar für Lehrerinnen- und Lehrer.**

Gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg und mit Unterstützung des Unterrichtsministeriums (Programm ÖKOLOG) wurde zum Thema „Geschlechtergerechte Planung von Schulfreiräumen“ für alle Lehrerinnen und Lehrer in Vorarlberg ein Seminar angeboten. Ziel dieser Veranstaltung war, Lehrerinnen und Lehrer für das Thema zu sensibilisieren und sie zu ermutigen, Angebote an ihren Schulen entsprechend zu optimieren. Das Seminar fand in Alberschwende statt, wo auch eine konkrete Pausensituation analysiert werden konnte. Mehrere Lehrkräfte und Gemeindevertreterinnen und -vertreter aus Alberschwende nahmen an diesem von Dr. Rosa Diketmüller (Assistenz Professorin am Zentrum für Sportwissenschaft und Universitätssport Wien) und Heide Studer (Büro für Landschaftsplanung) geleiteten Seminar teil.

- **Workshop für Schülerinnen und Schüler.**

45 Schülerinnen und Schüler der 3. bis 8. Schulstufe bekamen vom Bürgermeister den Auftrag, Wünsche und Anforderungen an „ihren“ Pausenhof zu definieren. Dieser Workshop wurde von Lehrerinnen und externen Expertinnen für die Freiraumplanung begleitet.

- **Diskussionsrunde mit den Lehrerinnen und Lehrern von Volks- und Hauptschule.**

Vertreterinnen und -vertreter der Eltern und der Gemeinde sowie der Bürgermeister ergänzten die im Workshop formulierten Vorstellungen.

➤ Pausensituation

Im Lehrerinnen- und Lehrerseminar stellten die Seminarleiterinnen die Studie „Schulfreiräume und Geschlechterverhältnisse“ – eine Untersuchung der Pausennutzung von 20 Freiräumen an österreichischen Schulen – vor. Anhand einer beobachteten Pausensituation an der HS-Alberschwende konnten die Ergebnisse der Studie zum Großteil bestätigt werden:

Mädchen am Schulhof

- finden sich eher in kleineren Gruppen zu informellen und darstellenden Spielen zusammen,
- gehen und flanieren häufig im Hof und beobachten das Pausengeschehen,
- halten sich häufiger in der Nähe von Betreuerinnen oder Betreuern auf.

Buben am Schulhof

- sind die ersten und letzten im Pausenhof und suchen zielgerichtet „ihre“ Räume auf,
- raufen und balgen sich häufig (mit Buben, aber auch mit Mädchen),
- stehen und beobachten das Geschehen.

Auszug aus: Diketmüller et.al . (2007):
Schulfreiräume und Geschlechterverhältnisse, Abschlussbericht, Wien

Ergebnisse

Die Vorstellungen und Wünsche der Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, des Schulwartes, der Gemeindevertreterinnen und -vertreter wurden als Anforderungskatalog für die Planer zusammengefasst. Die Anliegen der Mädchen (z.B. Möglichkeiten zum Relaxen, Sitzen oder Schaukeln und Voraussetzungen für Bewegungsspiele, Trampolin springen) und Buben (z.B. Ecken für gemütliches Essen, Platz zum Klettern oder für Ballspiele) wurden separat festgehalten.

In einem Abschlussgespräch wurden die Ergebnisse dem Bürgermeister und dem Planer übergeben. Dieser erarbeitet nun ein Raumkonzept und entwickelt Umsetzungsvorschläge, die mit allen Betroffenen noch einmal abgestimmt werden.

Ein wichtiges Ergebnis des gesamten Prozesses für die Volksschule war, dass ein Teil des Pausenhofs, der zur Zeit abends gänzlich als Parkplatz dient, den Kindern vorbehalten sein wird und Spielgeräte aufgestellt werden dürfen. Für die Hauptschule wird die bisherige Trennung zwischen Winter- bzw. Schlechtwetterpausenhof sowie Sommerpausenhof in Zukunft nicht mehr notwendig sein. Der jetzt schon attraktivere Sommerpausenhof, der auf der Rückseite des Schulgebäudes liegt, wird ein ganzjährig bespielbarer Raum. Der Winterpausenhof, der zwischen Volksschul- und Hauptschulgebäude liegt und als Verbindung zwischen Dorfplatz und Sozialzentrum außerhalb der Schulzeiten für Autos offengehalten werden muss, bleibt der Hauptzugang für beide Schulen. Die zentrale und verbindende Lage dieses Platzes verlangt aber nach weiteren ortsplanerischen Überlegungen, die über die schulische Nutzung hinausgehen müssen.

Die Hauptschule selbst hat zwischenzeitlich schon einfache Maßnahmen gesetzt, um einigen Wünschen der Kinder schneller gerecht zu werden. Eine zusätzliche Tischtennisplatte, die in den Pausen den Mädchen vorbehalten sein wird, wurde angeschafft. Die 2. Klassen haben im Werkunterricht Fußball-Torschusswände gezimmert und der Schulwart hat auf einer langen Steinmauer mit einer Holzauflage für angenehmeres Sitzen gesorgt.

Nutzen des Projekts

Die Gestaltung des Schulhofes war zu Beginn der Renovierungsarbeiten gar nicht vorgesehen. Erst das Interreg Projekt und der Vorschlag, in der Gemeinde ein Pilotprojekt zu starten, haben diesen Aspekt in den Vordergrund gerückt. Die partizipierende Vorgehensweise und die Einbindung aller Betroffenen erhöht die Umsetzungswahrscheinlichkeit. Der Lernprozess durch das Projekt hat vor allem bei den Erwachsenen zu einer erhöhten Sensibilität gegenüber dem Thema „geschlechtergerechte Planung“ geführt.

Ansprechpartner für weitere Informationen:

Reinhard Dür
Bürgermeister der Gemeinde Alberschwende



Nutzerinnen- und Nutzerfreundlichkeit am Busbahnhof Bregenz – Qualitätsstandards für Busbahnhöfe



Text
Daniela Grabher

Der Busbahnhof Bregenz ist einer der frequentiertesten ÖPNV-Knotenpunkte in Vorarlberg. Hier verkehren täglich 122 Züge und 548 Busse. Das Angebot der Verbindungen wurde in den vergangenen 20 Jahren stark erweitert, besonders hervorzuheben ist die Einführung des Bregenzer Stadtbusses im Jahr 1993 und des Landbusses Unterland 1999. Durch die weitere Verdichtung des Bahntakts entwickelte sich der Bregenzer Busbahnhof zur wichtigsten Drehscheibe des öffentlichen Verkehrs im Großraum Bregenz. Mittlerweile reichen die vorhandenen räumlichen Kapazitäten des Busbahnhofs in den Stoßzeiten für die sichere und komfortable Abwicklung der Busverbindungen kaum noch aus. Zudem entspricht der in die Jahre gekommene Busbahnhof aus heutiger Sicht nicht mehr den Anforderungen an die Fahrgastfreundlichkeit.

Für die Abteilung Planung und Bau sowie den Gleichbehandlungsausschuss der Stadt Bregenz war die Situation des Bregenzer Busbahnhofs

Anlass, im Rahmen des Interreg IIIA Projektes „Genderplanning“, grundlegende Anforderungen an Busbahnhöfe für eine optimale Nutzerinnen- und Nutzerfreundlichkeit sowie leicht umsetzbare Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten.

➤ Vorgehensweise

Die Dienststelle Stadtplanung und Verkehr der Stadt Bregenz hat das Österreichische Ökologie-Institut und das Büro StetePlanung im Frühjahr 2007 zur Erstellung eines Projektplans und zur fachlichen Begleitung des Projekts eingebunden. Gemeinsam wurde ein dreistufiges Konzept mit folgenden Bausteinen erarbeitet und bis März 2008 umgesetzt:

- Durchführung einer räumlich-funktionalen Analyse und Bewertung der Nutzerinnen- und Nutzerfreundlichkeit des Busbahnhofs.
- Erhebung der Bewertung der Nutzerinnen- und Nutzerfreundlichkeit des Busbahnhofs durch eine Fahrgastbefragung.
- Durchführung eines moderierten Prozesses mit Entscheidungsträgerinnen und -träger zur Definition von Qualitätsanforderungen an Busbahnhöfe.
- Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen für den Busbahnhof Bregenz.

➤ Fahrgast-Freundlichkeit

Ausgehend von fachlichen Grundlagen wurden die räumlichen und gestalterischen Gegebenheiten des Busbahnhofs dokumentiert und aus Fahrgast-sicht bewertet. Auf Basis von ausgewählten Planungsempfehlungen für ÖPNV-Knotenpunkte wurde eine Checkliste mit Kriterien für folgende Bereiche erarbeitet:

- Aufenthaltsqualität
- Umsteigen – Wegebeziehungen
- Orientierung und Information
- Angsträume und soziale Sicherheit
- Anbindung an das Wegenetz

Im Juni und im Dezember 2007 erfolgten zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten Begehungen und im Anschluss wurde in einem internen Workshop die Bewertung der Nutzerinnen- und Nutzerfreundlichkeit des Busbahnhofs erarbeitet.

➔ Beurteilung durch Fahrgäste

Ergänzend zur Bewertung des Busbahnhofs durch das Projektbearbeitungsteam wurde die Einschätzung der Fahrgäste erhoben. Zwei Mitarbeiterinnen des Ökologie-Instituts führten im Dezember 2007 vor Ort mit 50 Personen Kurzinterviews.

➔ Workshop mit Stakeholdern

In einem halbtägigen Workshop mit Vertreterinnen und Vertretern der Busanbieter, der Bahn, des Verkehrsverbundes und der Stadtratsfraktionen im Januar 2008 wurden die Ergebnisse der Haltestellenbewertung und die im Zuge der Vorarbeiten skizzierten Qualitätskriterien für Busbahnhöfe diskutiert.

Ziel war, leicht umsetzbare Verbesserungsmaßnahmen zu benennen, ein Vorgehen für die Umsetzung festzulegen und Qualitätsanforderungen für einen möglichen Neubau des Busbahnhofs zu definieren.

➔ Ergebnis

Der Busbahnhof weist große Defizite bei der Nutzerinnen- und Nutzerfreundlichkeit auf, vor allem mangelnde Beleuchtung, zu schmale Bussteige, zu lange und beschädigte Umsteigewege, zu wenig Sitzplätze und ein unzureichendes Leitsystem.

Positiv hervorgehoben wurde bei der Befragung die Verlegung der Stadtbushaltestelle näher zum Bahnhofseingang und zu den Haltestellen des Landbusses.

Zwei Drittel der Befragten beurteilten die Atmosphäre und Aufenthaltsqualität am Busbahnhof als nicht gut oder gerade noch akzeptabel. 40 Prozent der Befragten gaben an, sich in der Nacht alleine an den Haltestellen unwohl zu fühlen.

Im Stakeholder-Workshop wurde beschlossen, die Machbarkeit von kurzfristigen Verbesserungen zu klären. Ein Team, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Busanbieter, der Bahn und der Stadt, wird die technische und finanzielle Umsetzbarkeit von Verbesserungen der Beleuchtung, der Beschilderung und der beschädigten Umsteigewege klären und entsprechende Schritte einleiten. Für einen allfälligen Neubau des Busbahnhofs – der diese Frage beantwortende Masterplan-Prozess zur Entwicklung der Seestadt soll Ende 2008 abgeschlossen werden – wurde ein Anforderungskatalog „Nutzerinnen- und Nutzerfreundlichkeit“ entwickelt und im Stakeholder-Workshop abgestimmt.

➔ Nutzen des Projekts

Durch das Interreg IIIA Projekt erfolgte eine Vernetzung und ein fachlicher Austausch mit Städten und Gemeinden, die sich ebenfalls mit Genderplanning befassen. Die im Rahmen des Projekts organisierten Seminare, Exkursionen und Workshops bewirkten einen Lernprozess. Der Verwaltungsbereich Stadtplanung und Verkehr und in Ansätzen die Stadtpolitik wurde für Genderplanning und die damit verknüpften Fragestellungen sensibilisiert.

➔ Ausblick

Der Anforderungskatalog „Nutzerinnen- und Nutzer-Freundlichkeit“ fließt in eine allfällige Neuplanung des ÖPNV-Terminals in Bregenz ein. Noch ist offen, wann der neue ÖPNV-Knoten gebaut werden wird. Der Zeitplan dafür wird im Masterplan-Prozess zur Entwicklung der Bregenzer Seestadt festgelegt werden.

Ansprechpartnerin und Ansprechpartner für weitere Informationen:

Clemens Gössler und Natalie Triebel

Landeshauptstadt Bregenz,

Dienststelle Stadtplanung und Verkehr



Aufenthaltsqualitäten in der Ravensburger Altstadt



Text
Claudia Lembach

Die Innenstadt Ravensburgs wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern, Besucherinnen und Besuchern als Lebens-, Arbeits- und Freizeitraum genutzt. Sie alle stellen spezifische Anforderungen an diesen Stadtraum, die es zu vereinen gilt. Hier bot sich Genderplanning als ein geeignetes Instrument an.

Die Stadt Ravensburg erreichte mit ihrem Pilotprojekt die Evaluierung der Aufenthaltsqualitäten in der Altstadt für Frauen und Männer. Der Studie wurden geschlechtsbezogen spezifische Nutzungsinteressen zu Grunde gelegt (Anwohnerinnen und Anwohner, Selbständige und Angestellte aus Einzelhandel und Gastronomie, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Handicap, Eltern von Kindern unter 12 Jahren, Schülerinnen und Schüler, Jugendliche bis 18 Jahre, Migrantinnen und Migranten, Auto- und Radfahrerinnen bzw. -fahrer, Busfahrende, Fußgängerinnen und Fußgänger, Touristinnen und Touristen). Ziel war zu überprüfen, inwieweit für diese unterschiedlichen Gruppen Chancengleichheit bei der Nutzung der Altstadt besteht oder hergestellt werden kann.

➤ Vorgehensweise

Angesiedelt war das Pilotprojekt im Baudezernat unter der Verantwortung von Bürgermeisterin Stephanie Utz, Projektleiterin war Konstanze Donner vom Stadtplanungsamt. Eine interdisziplinär besetzte Projektgruppe begleitete das Projekt konzeptionell (Vertreterinnen und Vertreter städtischer Ämter, Mitglieder des Gemeinderats und der Ortschaftsräte, der Wirtschaftsförderung und der Lokalen Agenda sowie hinzugezogene Fachleute). Der zeitliche Aufwand für die Projektgruppe umfasste sieben Sitzungen im Zeitraum Juli 2006 bis November 2007. Hinzu kam der Aufwand der Projektleiterin für die Projektkoordination.

Das Projektbudget wurde für die Auftragsvergabe und fachliche Begleitung eingesetzt. Diese erfolgte durch die Pädagogische Hochschule Ravensburg-Weingarten (methodische Konzeption, Durchführung und Auswertung der Studie „Licht und Schatten“) Dr. Claudia Lembach Work-Life-Managementberatung (konzeptionelle Unterstützung, Durchführung und Auswertung der Workshops „Gespinstmarkt“) sowie durch das Projektmanagementteam des Österreichischen Ökologie-Instituts und des Konstanzer Büros Mod-u-S, Moderation und Stadtplanung.

➤ Beteiligung Planungsbetroffener

Im Projektteil Studie „Licht und Schatten“ wurde eine Stichprobe von 395 Personen darüber befragt, inwieweit die Gestaltung der Altstadt ihren spezifischen Bedürfnissen entspricht, welche Defizite bestehen und wie diese behoben werden könnten. Die Befragung erfolgte mittels eines halbständisierten Leitfragen-Fragebogens durch Studierende der Fakultät „Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege“ an der PH Ravensburg-Weingarten.

Die Auswertungen ergaben, dass die Altstadt insgesamt durch ihren spezifischen Mix aus historischer Bausubstanz, vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie und Kulturangeboten eine hohe Aufenthaltsattraktivität besitzt. Als wichtigste Veränderungswünsche – die insbesondere die Bedürfnislage von Frauen und Eltern kleiner Kinder widerspiegeln – wurden eine stärkere Begrünung, eine effektive Verkehrsberuhigung und mancherorts ein Mehr an Sicherheit vor allem abends und nachts ermittelt.

Die Studie belegt des Weiteren einen besonderen Handlungsbedarf für den Stadtraum „Gespinstmarkt“. Auf diesem Ergebnis aufbauend wurde in Form von Workshops gefragt, mit welchen konkreten Maßnahmen die Aufenthaltsqualität am Gespinstmarkt für die jeweiligen Nutzerinnen- und Nutzergruppen verbessert werden kann. Die Workshops wurden, wie zuvor die Studie, zielgruppenspezifisch durchgeführt.

Beim Stadtraum „Gespinstmarkt“ wurde deutlich, dass die weitere planerische Herausforderung darin liegen wird, die teils konträren Bedürfnisse der diesen Ort nutzenden Gruppen (Anwohnerinnen und Anwohner, Geschäftsinhaberinnen und -inhaber sowie Passantinnen und Passanten) zu vereinen.

Die Zwischenstände und Ergebnisse der Studie und der Workshops wurden den politischen Gremien zeitnah vorgestellt und dienen als Entscheidungsgrundlage für die Schwerpunktsetzung bei der weiteren Planung.

Das Projekt wurde über die Presse stets der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Ausführliche Informationen über das Pilotprojekt sind auf der städtischen Website abrufbar.

➤ Ergebnis

Die gewählten Methoden erwiesen sich als zielführend. Während unter Effizienzgesichtspunkten eine umfassende Befragung der Bürgerinnen und Bürger wie in der Studie "Licht und Schatten" nur bei vergleichbaren Großprojekten erfolgen kann, ist das ämterübergreifende Vorgehen auch für den Planungsalltag gut geeignet, speziell bei der Erstellung von Bebauungsplänen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Projektgruppe hatte für die Beteiligten sowohl einen fachlichen als auch einen persönlichen Mehrwert.

Das Instrument "moderierte Workshops" bewährte sich als ein effektiver, pragmatischer und günstiger Weg zur Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

➤ Nutzen des Projekts

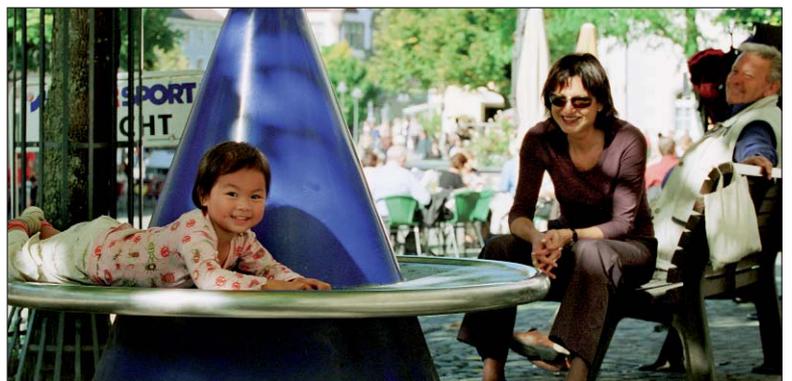
Durch die ämterübergreifende Arbeit und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wurde eine größere Transparenz der Planungsprozesse erreicht, was sowohl die Argumentation der Stadtplaner gegenüber den politischen Gremien erleichtert, als auch die spätere Umsetzung der Planungen befördert. Die ganzheitliche Betrachtung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern hilft beim Verstehen komplexer Planungsprozesse, erleichtert die Zusammenarbeit innerhalb der Ver-

waltung, weckt das Interesse seitens der Bevölkerung und resultiert insgesamt in einer höheren Akzeptanz.

„Großprojekte und spezielle Themen sollten künftig mit vergleichbarer Projektgruppenarbeit angegangen werden, insbesondere zur frühzeitigen Einbindung der Bevölkerung“, fasst Bürgermeisterin Stephanie Utz die Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt zusammen.

Ansprechpartnerin für weitere Informationen:

Bürgermeisterin Stephanie Utz
Baudezernat der Stadt Ravensburg



Tuttlinger Stadträume – Verbesserung des Stadtgartens



Text
Rita Nassen

Die Stadt Tuttlingen (ca. 35.000 EW) stand vor der Aufgabe, die Bahnhofstraße in den kommenden Jahren schrittweise zur zentralen Stadtachse umzugestalten.

Deswegen sollte der Stadtgarten, obwohl die historische Gartenanlage mit altem Baumbestand im Jahr 2000 saniert wurde, hinsichtlich seiner Gestaltung und Nutzbarkeit weiter optimiert werden. Stadtplanerische Aufgabe war eine verbesserte Nutzung des Stadtgartens und seine Integration in das Stadtgefüge. Mit einzubeziehen waren die umliegenden Straßen, die Anbindung an die Donau, die Stärkung des Parks als Erlebnisraum sowie die Verbesserung der Aufenthaltsqualität.

Der Stadtgarten wurde gewählt, da die Planung erst vorbereitet wurde, Änderungen und neue Vorschläge somit noch möglich waren.

Die Umsetzung der Maßnahmen soll zügig erfolgen, weil durch die künftige Ganztagesbetreuung der angrenzenden Schulen ein höherer Nutzungsdruck entstehen wird.

➤ Vorgehensweise

Der Stadtrat beschloss im Juni 2006 die Teilnahme am Genderplanningprojekt und beauftragte das Büro Mod-u-S, Moderation und Stadtplanung in Konstanz, mit der fachlichen Begleitung.

Das Projekt und die Projektgruppentreffen (bestehend aus Gemeinderätinnen und Mitgliedern der Lokalen Agenda) wurden vom Planungsamtsleiter geführt und das folgende, methodische Vorgehen gemeinsam erarbeitet:

- Stärken- und Schwächenanalyse in Form einer Fragebogenaktion und deren Auswertung in Hinblick auf Gleichstellung.
- Durchführung von zwei ergebnisoffenen Beteiligungsworkshops unter Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer in Form von Zukunftswerkstätten (mit Erwachsenen sowie mit einer 6. Schulklasse) Sammlung von Visionen, neuen Ideen, Bewertungen, Nutzungskonflikten.
- Erarbeitung von konkreten Maßnahmen, Abwägung der Gestaltungsvorschläge, erstellen einer Abschlussbewertung.

➤ Genderziele

- Der Stadtgarten soll für alle, Mädchen, Jungen, Männer und Frauen, Deutsche und Migrantinnen und Migranten attraktiv und nutzbar gemacht werden.
- Die Aufenthaltsqualität für die Nutzerinnen und Nutzer soll gesteigert werden.
- Erhöhung des Sicherheitsgefühls für die Nutzerinnen und Nutzer, vor allem abends und nachts.

➤ Fragebogenaktion

Der von der Projektgruppe entwickelte Fragebogen zur Stärken- und Schwächenanalyse hatte einen gleichmäßig über alle Altersgruppen verteilten Rücklauf von 478 Stück. Die Fragen thematisierten Erscheinungsbild, Wegeführung, Benutzbarkeit des Kinderspielplatzes, Erholungsmöglichkeit, Sicherheit, Kiosk und Image. Zusätzlich wurde Alter, Geschlecht, Herkunft, Grund des Aufenthalts sowie die Aufenthaltsdauer erhoben und nach Verbesserungsvorschlägen gefragt.

➔ Beteiligungswerkshops

Zwei Zukunftswerkstätten (je mit Kritikphase und Begehung, Utopie- und Realisierungsphase sowie Abschlusspräsentation) wurden durchgeführt.

Die Zukunftswerkstatt startete mit 10 Erwachsenen (Seniorinnen, Senioren, Behindertenbeauftragte, Elternvertreterinnen und -vertreter, Anwohnerinnen und Anwohner, Interessierte, Ausländervertreter). Drei Monate darauf beschäftigte sich die 6. Hauptschulklasse der angrenzenden Wilhelmschule mit der Zukunft des Stadtgartens. Alle Beiträge wurden nach Geschlechtern getrennt gesammelt.

➔ Ergebnisse

Die Fragebogenaktion war zielführend aber zeitintensiv. Die Workshops in Form von Zukunftswerkstätten waren ergebnisorientiert (unterhaltsam, abwechslungsreich, konstruktiv). Die Ortskenntnisse, die detaillierten Problemanalysen sowie die Kompromissbereitschaft der Teilnehmenden beeindruckten. Folgende geschlechtsspezifische Unterscheidungen wurden festgestellt:

- Sauberkeit und Bepflanzung war vor allem Frauen wichtig.
- Sicherheit wurde von ganz jungen und älteren Frauen als Problem benannt, aber auch von männlichen Jugendlichen, die sich besonders von Obdachlosen bedroht fühlen.
- Der Spielplatz wurde von Frauen kritischer beurteilt.
- Die Beleuchtung wurde von Männern bemängelt.

Die Auswertung ergab fünf Handlungsfelder, zu denen folgende Maßnahmen erarbeitet und politisch beschlossen wurden:

- Den Obdachlosen im Stadtgebiet wird ein Standort für ihren Aufenthalt zugewiesen. Kurzfristig erfolgt die konsequente Kontrolle des Alkoholverbots in der Öffentlichkeit.
- Bei der Gastronomie/dem Kiosk wird die Reinigung und Pflege der WCs intensiviert, ein Verkaufsverbot für alkoholische Getränke am Kiosk geprüft. Voraussetzungen für eine höherwertige Außenbewirtung durch die Pizzeria werden geschaffen.
- Beim Spielplatz wird der Bodenbelag ausgetauscht und ein weiteres Spielgerät in Abstimmung mit der Schule installiert.
- Die Ausstattung wird durch eine verbesserte Beleuchtung aufgewertet (z.B. durch Unterstrahlung der Bäume mit Bodenlichtern).
- Zur Belebung wird ein verträgliches Veranstaltungskonzept ausgearbeitet, über die Einrich-

tung einer Veranstaltungsplattform wird im Sommer 2008 entschieden.

➔ Nutzen des Projekts

Das Interreg IIIA Projekt bewirkte neben dem fachlichen Austausch mit den andern Pilotprojektgemeinden die Sensibilisierung der Beteiligten (Projektgruppe, Verwaltung und politische Gremien) und die Auseinandersetzung mit dem Thema Genderplanning. Was Nutzerinnen- und Nutzerorientierung heißt, konnte am konkreten Projekt erarbeitet werden. Der transparente Planungsprozess ermöglichte der Verwaltung einen intensiven, hilfreichen Dialog mit der Bevölkerung. Gegenseitiges Verständnis innerhalb der Bevölkerungs- und Nutzungsgruppen und die Basis einer „anderen Beteiligungskultur“ für weitere Projekte konnten geschaffen werden. Die beschlossenen Maßnahmen orientieren sich an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer.

➔ Ausblick

Die Verbesserung des Stadtgartens ist der Beginn des Projekts „Tuttlinger Stadträume“, das künftig noch weitere Plätze und Straßen umfassen soll. Die Beteiligungsprozesse sind auf andere Planungsvorhaben übertragbar.

Gerade in den Workshops konnten über eine reine Bestandsaufnahme hinaus neue, kreative und konsensfähige Ideen entwickelt werden.

Aufgrund der Nachfolgeregelung für die Gleichstellungsbeauftragte gibt es innerhalb der Verwaltung beim Thema Geschlechtergerechtigkeit neue Verbündete. Die Einbeziehung weiterer Gruppen und Netzwerke ist möglich.

Ansprechpartner für weitere Informationen:

Michael Herre

Stadt Tuttlingen, Abteilung Stadtplanung



Bebauungsplan-Verfahren für ein neues Wohngebiet in Wangen – Neuravensburg



Text
Stefan A. Michelfeit

Die Große Kreisstadt Wangen im Allgäu hat etwa 27 000 Einwohnerinnen und Einwohner und eine Gesamtfläche von rund 100 Quadratkilometern. In das Gemeindegebiet einbezogen sind sechs ehemals selbständige Ortschaften, von denen Neuravensburg mit dreitausend Einwohnern die größte ist. Der Ortskern von Neuravensburg liegt ungefähr 8 km südlich von Wangen und besteht aus einem alten Ortsteil entlang der L 320 und einigen Wohngebieten neueren Datums. Die Stadt Wangen konnte im Jahr 2005 in zentraler Lage des Ortsteils Schwarzenbach eine für die weitere Entwicklung der Ortschaft Neuravensburg hervorragend geeignete, ca. 5,1 ha große Fläche erwerben. In unmittelbarer Nähe befinden sich Kirche und Kindergarten, Spielplätze, ein Lebensmittelmarkt sowie weitere Läden und Gastronomiebetriebe.

Das Grundstück wird begrenzt durch das Waldstück Schwarzenbacher Holz sowie die Bebauung an der Kirchstraße und der Engetsweiler Straße. Es steigt von Nordwesten nach Südosten zunächst

nur geringfügig, dann jedoch relativ steil an. Das Gelände wird derzeit landwirtschaftlich genutzt, soll aber zukünftig als Wohngebiet dienen, wobei die Vernetzungen mit den umliegenden Siedlungsteilen aufgrund seiner zentralen Lage einen hohen Stellenwert besitzen. Bedingt durch die Hanglage, den Waldrand und den im Norden tangierten Schwarzenbach ist auch die wohnortnahe Erholung ein gewichtiger Planungsaspekt.

➤ Vorgehensweise

Gleichzeitig mit dem Bebauungsplan „Am Schwarzenbacher Holz“ beschloss der Gemeinderat der Stadt Wangen auch das EU-Projekt „Genderplanning“. Die Stadtplanung sah darin den Vorteil, in der Planung vor allem die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen und nicht nur die in Zeiten knapper Kassen oft dominierenden technischen Aspekte. Zudem wurde durch die Wahl eines Standardprojekts eine positive nachhaltige Wirkung auf zukünftige vergleichbare Bebauungspläne erhofft.

Neun Monate war das VIA-Institut für alltagsbezogene Sozialforschung und regionalen Diskurs e. V., Ravensburg, vertreten durch die Soziologin Dr. Eva Wonneberger und die Landschaftsplanerin Angela Uecker im Rahmen dieses Interreg IIIA Projektes an der fachlichen Durchführung und der Moderation beteiligt.

Zunächst wurden die Bewohnerinnen und Bewohner der an das Neubaugebiet angrenzenden Wohngebiete mit einer Face-to-Face-Befragung zum Thema Geschlechtergerechtigkeit und Wohnen in Neuravensburg angesprochen. Diese persönliche Befragung umfasste 21 Personen.

Danach wurden 27 Vereine und Verantwortungsträgerinnen und -träger in Schule und Kindergarten per Fragebogen zu einer schriftlichen Stellungnahme gebeten (Rücklaufquote 30%).

Schließlich fand im Herbst 2007 in der Ortschaft ein Bürgerinnen- und Bürgergespräch sowie nachfolgend an vier Abenden eine offene Planungswerkstatt statt.

Mit diesen Instrumenten sollten Erkenntnisse über den Handlungsbedarf im fraglichen Neubaugebiet zusammengetragen werden.

➔ Chancen und Grenzen

Nach der problemlosen Integration des Genderprozesses in das Bebauungsplanverfahren zeigten sich die Chancen, aber auch die Grenzen dieses Vorgehens. Das Bürgerinnen- und Bürgergespräch samt Planungswerkstatt diente als frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit im Sinne des § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch. Damit war der rechtliche Rahmen und auch der Handlungsspielraum für alle Beteiligten abgesteckt: Die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger unterliegen immerhin der Abwägung durch den Gemeinderat, eine echte Entscheidungskompetenz besitzen die in der Planungswerkstatt Aktiven nicht. Aber zumindest können ihre Ideen nicht in einer Schublade verschwinden, da sich der Ortschaftsrat und der Gemeinderat damit auseinandersetzen müssen.

➔ Ergebnis

Die Aufstellung eines Bebauungsplanes nach dem Baugesetzbuch wurde zweifellos erreicht, auch wenn der Satzungsbeschluss mit Ende des Genderplanning-Projektes noch nicht erfolgt ist.

Das Genderziel – die Erstellung eines Bebauungsplanes, der den Bedürfnissen der verschiedenen sozialen Geschlechter gerecht wird – traf auf ein ausgesprochen homogenes gesellschaftliches Umfeld, das zumindest in seiner Außendarstellung kaum verschiedene Rollenbilder enthielt. Insbesondere die Planungswerkstatt war geprägt von einer sehr einheitlichen Teilnehmerstruktur, nämlich in die örtliche Gemeinschaft gut integrierte Ehepaare aus der Mittelschicht mit Schulkindern und Eigenheimbesitz. Die ebenfalls eingeladenen Bauinteressenten waren nur schwach vertreten.

In den einleitenden Befragungen wurde deutlich, dass für ältere Kinder und Jugendliche Bedarf sowohl an Innenraum- wie auch an Freiraumangeboten besteht. Hier braucht es möglicherweise geschlechtsspezifische Vorschläge, dies wurde auch in der Befragung der Vereine und weiterer Verantwortungsträger bestätigt.

Außerdem gibt es Handlungsbedarf beim ÖPNV in den Abendstunden und bei verschiedenen anderen Problemen mit der Verkehrsinfrastruktur. Diese Aspekte und zusätzlich die Erholungsfunktion der angrenzenden Freiflächen wurden beim Bürgergespräch immer wieder aufgegriffen, weshalb im Rahmen der Planungswerkstatt die Themenbereiche Schulkindern und Jugendliche, Freiflächengestaltung und Verkehrsproblematik vertieft und entsprechende Anregungen in die Bauleitplanung eingebracht wurden.

➔ Nutzen des Projekts

Auch wenn „Gender“ aus Sicht der am Prozess beteiligten Bürgerinnen und Bürger kein besonders herausragendes Thema war, sind doch eine Reihe von planungsrelevanten Empfehlungen erarbeitet worden, die die speziellen Bedürfnisse der Menschen in Neuravensburg ausdrücken. Positiv beurteilt wurde die methodisch neue Art der Entscheidungsfindung, im Gegensatz zur ansonsten klassischen Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Baugesetzbuch.

Insbesondere die in dieser Form in Wangen erstmalig durchgeführte Planungswerkstatt mit ihrer zielgruppenspezifischen Bearbeitung eines Vorhabens kann auf die zukünftige stadtplanerische Arbeit übertragen werden.

Ansprechpartner für weitere Informationen:

Stefan A. Michelfeit
*Stadt Wangen im Allgäu,
 Hochbau- und Stadtplanungsamt*



Methoden

➤ R-Methode zur Genderanalyse von umgesetzten Projekten und Maßnahmen

Die in Schweden entwickelte 3R-Methode ist eine griffige Anleitung zur Erfassung und Beurteilung der Dimension „Gender“ in Maßnahmen und Projekten.

Die **3R** stehen für:

- **Repräsentation:** Wie groß ist der Anteil von Frauen und Männern? (Quantitative Gender-Analyse)
- **Ressourcen:** Wie werden die verschiedenen Ressourcen (Raum, Geld, Zeit) zwischen Frauen und Männern verteilt? (Quantitative Gender-Analyse)
- **Realität:** Warum ist die Situation so? (Qualitative Gender-Analyse)

Die **3R**-Methode wurde zur **5R**-Methode weiterentwickelt:

- **Recht:** Welche rechtlichen Rahmenbedingungen spielen eine Rolle?
- **Resultate:** Wurden die Ziele der Maßnahmen bzw. des Projekts erreicht?

➤ 6-Schritte Methode zur Steuerung von Prozessen

Von Krell, Mückenberger und Tondorf wurde ein Verfahren zur gleichstellungsorientierten Ausrichtung von Prozessen entwickelt. Dieses sieht folgenden Ablauf vor:

1. Definition der gleichstellungspolitischen Ziele
Welcher Soll-Zustand wird durch das zu entscheidende Vorhaben angestrebt?
2. Analyse der Probleme und der Betroffenen
Welches sind die konkreten Hemmnisse auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit (diskriminierende Prinzipien, Verfahren, Instrumente ...). Welche Gruppen sind betroffen?
3. Entwicklung von Optionen
Welche Alternativen bestehen hinsichtlich der Realisierung?
4. Analyse der Optionen
Welche Auswirkungen auf die Gleichstellung haben die Optionen? Welche Option lässt den höchsten Zielerreichungsgrad erwarten?
5. Umsetzung der getroffenen Entscheidung
6. Erfolgskontrolle und Evaluation
Wurden die Ziele erreicht? Ursachen für Nicht- und Teilerreichung? Welche Maßnahmen sind notwendig?

➤ Gender-Impact-Assessment (GIA)

GIA ist eine Methode zur ex ante Erfassung und Bewertung der Auswirkungen geplanter Projekte und Maßnahmen auf das Geschlechterverhältnis. Die GIA-Methode umfasst folgende Schritte:

1. Bewertung der Relevanz der vorgeschlagenen Maßnahme für beide Geschlechter
Werden von der Maßnahme gleichstellungspolitische Ziele berührt?
2. Beschreibung der aktuellen und zukünftigen Situation
Welche Gender-Auswirkungen (Haupt- und Nebenwirkungen) wird die geplante Maßnahme haben?
3. Analyse der Strukturen und Prozesse
Welche Personengruppen sind unmittelbar und mittelbar betroffen? Welche relevanten Gruppen sind in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt hinsichtlich der Genderaspekte einzubeziehen?
4. Beurteilung der Maßnahme in Bezug auf Gleichstellung

Materialien

Raum- bzw. Bauleitplanung

Bauer, Ute; Bock, Stephanie; Meyer, Ulrike; Wohltmann, Heike (2007): Gender Mainstreaming in der Bauleitplanung – eine Handreichung mit Checklisten. Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

*Bestellung: Deutsches Institut für Urbanistik
Berlin Tel: 0049 (0)30/39001-256 /-253
verlag@difu.de, <http://www.difu.de>*

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt BSU Hrsg. (2006): Planungsempfehlungen der Fachfrauen in der BSU. Hamburg

Download: <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/stadtentwicklung-umwelt/service/publikationen/fachfrauen-planungsempfehlungen,property=source.pdf>

Gleichstellungsstelle Landkreis Ludwigshafen/Rh. Hrsg. (2000): Frauenbeteiligung an Planungsprozessen. Handreichung für eine frauengerechte und sozial nachhaltige Regional- und Bauleitplanung, Ludwigshafen/Rh

*Bestellung: Gleichstellungsstelle des Rhein-Pfalz-Kreises,
Tel: 0049 (0)621 / 5909-433 oder -434
gleichstellungsstelle@kv-rpk.de, Download:
<http://www.frauen-rpk.de> => Dokumentation & Archiv*

Verkehrsplanung

Stete, Gisela (2002): Handreichung für eine nachhaltige Verkehrsplanung unter Frauenaspekten. Hrsg.: Frauenbeauftragte-Kreisverwaltung, Gleichstellungsstelle Landkreis Ludwigshafen/Rh.

*Bestellung: Gleichstellungsstelle des Rhein-Pfalz-Kreises,
Tel: 0049 (0)621 / 5909-433 oder -434
gleichstellungsstelle@kv-rpk.de
Download: <http://www.frauen-rpk.de> => Dokumentation & Archiv*

Zur Planung von Schulhöfen

Amt der NÖ Landesregierung, Abt. Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung Hrsg. (2004): Handbuch "Schulfreiräume – Freiraum Schule", St. Pölten

*Bestellung: Amt der NÖ Landesregierung, Abt. Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung
Tel: 0043 (0)2742 / 9005-15210
post.ru3@noel.gv.at, Download: <http://www.schulfreiraum.com> => Handbuch*

Zur Planung von städtischen Grünräumen

Institut für Landschaftsplanung, Department für Raum,

Landschaft und Infrastruktur Hrsg. (2005): Gender Mainstreaming in Planung und Berufspraxis. Lernen aus praktischen Beispielen. Wien

Download: <http://www.rali.boku.ac.at/genderalp-downloads.html>

MA 42 – Stadtgartenamt und MDBD – Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen der Stadt Wien: Planungsempfehlungen zur geschlechtssensiblen Gestaltung von öffentlichen Parkanlagen

*Bestellung: Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen der Stadt Wien Tel: 0043 (0)1 / 4000-82660, fr@md-bd.wien.gv.at
<http://www.magwien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/>*

Literatur

Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) Hrsg. (2003): Frauen und Raumentwicklung. Forum Raumentwicklung Heft 1/2003, Bern

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Hrsg. (2006): Gender Mainstreaming im Stadtumbau West – Fazit. ExWoSt-Informationen 26/5. Bonn

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Hrsg. (2003): Städtebau für Frauen und Männer. Das Forschungsfeld "Gender Mainstreaming im Städtebau" im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau. Werkstatt: Praxis Heft 44. Bonn

Diketmüller, Rosa; Studer, Heide (2007): Schulfreiräume und Geschlechterverhältnisse. Abschlussbericht des Zentrums für Sportwissenschaft und Universitätssport, Universität Wien und tilia - büro für landschaftsplanung. Wien

Färber, Christine; Spitzner, Meike; Geppert, Jochen; Römer, Susanne (2001): Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Städtebaupolitik des Bundes. Internet-Fassung der Expertise im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung BBR. Bonn

Zibell, Barbara (2006): Bedarfsgerechte Raumplanung. Gender Practice und Kriterien in der Raumplanung. Amt der Salzburger Landesregierung. Salzburg

Annette Harth (2005): Freiraum und Geschlecht. Aktuelle Trends und Kriterien einer „gendersensitiven“ Freiraumplanung. In PLANERIN Heft 2/05. Hrsg: Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL e.V. Berlin

Links

www.bbr.bund.de

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt), Forschungsfeld Gender Mainstreaming im Städtebau

www.genderalp.at

GenderAlp! Raumentwicklung für Frauen und Männer

www.genderkompetenz.info

GenderKompetenzZentrum an der Humboldt Universität Berlin

Leitfaden für gendergerechte Planung

Im Rahmen des dreijährigen Interreg IIIA Projektes „Genderplanning – Geschlechtergerechte Planung im öffentlichen Raum“ nahmen 5 Kommunen aus Vorarlberg und Baden-Württemberg die Qualität von Plätzen, Straßen und anderen öffentlichen Orten unter die Lupe. Ziel des gemeinsamen Projekts war, auf der Praxisebene beispielhaft die Umsetzungsmöglichkeiten von Geschlechtergerechtigkeit anhand konkreter, aktueller Planungsvorhaben zu ermitteln, die entsprechenden Verfahren aufzuzeigen sowie die dabei gemachten Erfahrungen in Form des vorliegenden Leitfadens aufzubereiten.

Dieser Leitfaden richtet sich an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie an die mit der Gestaltung öffentlicher Räume befasste Personen in Ämtern und in Planungsbüros.

Bregenz, Juli 2008